

Europäisierung der serbischen Gesellschaft: Ein Jahr des Brüsseler Abkommens

Zum ersten Jahrestag der Unterzeichnung des Brüsseler Abkommens durch die Premierminister Ivica Dacic und Hashim Taci veranstaltete die KAS Belgrad am 25. April im Belgrader Medienzentrum ein Rundtischgespräch zur Bestandsaufnahme des Normalisierungsprozesses. Unter Teilnahme jeweils zwei renommierter kosovarischer und serbischer Experten wurde das Erreichte, aktuelle Herausforderungen und mögliche Zielsetzungen aus der Sicht Belgrads und Pristinas erörtert und mit dem Publikum diskutiert.

Belgrad und Pristina haben vor einem Jahr das Brüsseler Abkommen unterzeichnet, das zur Normalisierung der Beziehungen zwischen beiden Gesellschaften führen und somit zu einer tragfähigen Friedenskonsolidierung auf dem Westbalkan beitragen soll. Stellungnahmen aus den zwei zum Zwecke dieser Veranstaltung verfassten Policy Papers sowie die Diskussionsbeiträge deuten auf eine sehr mühsame und langwierige Erreichung der Brüsseler Prinzipien hin. Gleichzeitig wurde das Fehlen einer unabhängigen Instanz zur Verifizierung der Umsetzung gemäß eines regelmäßigen „Monitorings“ aufgezeigt. Im Laufe des letzten Jahres sei der einzige konkrete Fortschritt der Beginn der EU-Beitrittsverhandlungen Serbiens. Anstatt des im Brüsseler Abkommen vorgesehenen Ziels, wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen Serbien und dem Kosovo zu entwickeln, findet der Handel überwiegend auf dem Schwarzmarkt statt. Dieser Missstand ist bedingt durch mangelhaft aufgebaute administrative und institutionelle Beziehungen zwischen serbischen und kosovarischen Behörden. Eine ähnliche Situation findet man im Bildungs-, Justizwesen und Gesundheitssystem, wo es ebenfalls keine nennenswerten Veränderungen gemäß des Brüsseler Abkommens gegeben hat. Ein weiteres Ziel des Brüsseler Abkommens, den Kosovo als eine multiethnische Ge-

sellschaft zu stärken, wird wahrscheinlich laut Engjellushe Morina, Vorsitzende des Kosovo Rates für Außenbeziehungen nicht erreicht werden können, da sich die serbische und kosovarische Bevölkerung im Laufe dieses Jahres noch weiter voneinander distanzieren.

Neben der gesellschaftlichen Ebene befassten sich unsere Referenten auch mit der bisherigen politischen Reichweite des unterzeichneten Abkommens. Dusan Janjic, Vorstandsvorsitzender des Forums für ethnische Beziehungen, thematisierte das Problem der „dualen Souveränität“, die gerade durch diese lückenhafte und nicht adäquate Normalisierung der Beziehungen zwischen Belgrad und Pristina verstärkt wurde. Laut Ilir Deda, Exekutivdirektor des KIPRED, habe das Brüsseler Abkommen zu einem Zustand geführt, welchen er als Status quo beschreibt. Das Hauptziel – die Verbesserung der Lebenssituation der Bevölkerung auf dem Kosovo – sei nicht erreicht worden, deshalb könne er Catherine Ashton, Hohe Vertreterin der EU für Außen- und Sicherheitspolitik nicht Recht geben, die behauptet, 90% der Forderungen seien umgesetzt worden.

Befindet sich der in Brüssel begonnene Normalisierungsprozess zwischen Belgrad und Pristina auf dem richtigen Weg? Kann es zu einer tragfähigen Lösung der vielen offenen Streitfragen kommen? Wie können die im (Norden des) Kosovo lebenden Menschen von der Notwendigkeit und dem Nutzen dieser Aussöhnung überzeugt werden? Die aktuelle Bilanz lässt aufgrund der fehlenden Transparenz des Prozesses, der asymmetrischen EU-Integrationsfortschritte und der noch immer in beiden Teilen weit verbreiteten Wahrnehmung, dass des Einen Gewinns des Anderen Verlusts ist, Skepsis angebracht erscheinen.

Doch hat der Prozess zumindest für Serbien bereits Nutzen gebracht: Laut Filip Ejodus, Do-

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

SERBIEN UND MONTENEGRO

ALEKSANDRA POPOVIĆ

25.04.2014

Aleksandra.Popovic@kas.de

www.kas.de/serbien

zent an der Fakultät der Politikwissenschaften an der Universität Belgrad, hat Serbien sein internationales Image verbessert und die EU-Integration beschleunigt. Dies könnte ein Motivationsschub für die serbische Regierung sein, die künftigen Herausforderungen leichter zu bewältigen, nämlich die zwei Prozesse - Normalisierung der Beziehungen zwischen Belgrad und Pristina und EU-Integration - in Übereinstimmung zu bringen. Der Normalisierungsprozess muss aber deutlich darüber hinaus gehen, mit dem Ziel, dass Serbien und der Kosovo eine rechtlich verbindliche Vereinbarung vor dem Abschluss der Beitrittsverhandlungen treffen.

Den „sichtbaren Willen“, die Beziehungen mit dem Kosovo zu normalisieren, hat Serbien durch die Unterzeichnung des Brüsseler Abkommens bewiesen. Vor dem Abschluss der Beitrittsverhandlungen stehen der serbischen Regierung noch viele Aufgaben bevor, bei deren Lösung die KAS Belgrad weiterhin mit viel Erfahrungsschatz (beispielsweise aus dem Deutsch-Deutschen Vertrag) unterstützend und kompetent zur Seite stehen wird.



Impressum

Konrad Adenauer Stiftung
Auslandsbüro Serbien und
Montenegro

Kralja Petra 3
11000 Beograd

Tel.:
+381 11 3285 210

Fax:
+381 11 3285 329